

# Glücksfall Außenpolitik

VON JOSEF JOFFE

Daß die amtierende Regierung keinen Kosovo-Einsatz ohne oder gar gegen die Noch-Opposition beschließen werde, wie Wolfgang Schäuble versichert, mag man als Lähmung deutscher Außenpolitik beklagen. Tatsächlich nimmt die Bundesrepublik in diesen Tagen des Interregnums einen Kurz-Urlaub von der Weltpolitik. Doch verbirgt sich hinter Schäubles Zweisamkeits-Schwur noch eine tiefere und tröstliche Wahrheit, die in Abwandlung von Wilhelm II. so ausgedrückt werden darf: „In der Außenpolitik kenne ich keine Parteien mehr, sondern nur noch brave Deutsche.“

Wer sich an die blutigen außenpolitischen Schlachten zwischen Christ- und Sozialdemokraten in den ersten Dekaden der Republik erinnert, darf ein Wunder bestaunen. Es gibt eine alldeutsche große Koalition in der Außenpolitik, der sich nur die PDS und ein Teil der Grünen verschließen. Vergessen ist der Dauerkrieg, der sich immer wieder am Grundsätzlichen entzündet hatte: Wiederbewaffnung, NATO-Beitritt, Atom-Rüstung, Neue Ostpolitik, die *Pershing-II*-Stationierung, zuletzt der Einsatz *out-of-area* wie in Somalia und Bosnien. Die Unions-Christen haben die Brandtsche Ostpolitik akzeptiert, die Sozialdemokraten all die Entscheidungen, welche die Bundesrepublik im Westen verankerten. Zum Schluß wies Karlsruhe jene unhaltbare Verfassungsinterpretation zurück, wonach die Bundeswehr nur zur Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden dürfe.

Heute sagt sogar ein Günter Verheugen, strategischer Vordenker der SPD, daß ein Kosovo-Einsatz auch ohne neues UN-Mandat möglich sei. Der wahrscheinliche neue Außenminister Fischer beschwört harten Worten die Berechenbarkeit der neuen Regierung: „Herr Milosevic wird Deutschland bei der Kosovo-Krise in voller Kontinuität mit seinen Verbündeten erleben.“ Was ist passiert?

Die Erklärung hat Verteidigungsminister Volker Rühe mit diesem denkwürdigen Satz geliefert: „Heute sind wir nur noch von Freunden umzingelt.“ Dies durfte im vergangenen Vierteljahrtausend noch kein deutscher Strategie sagen, vom Alten Fritz bis zum jungen Joschka. Friedrich mußte sich ein Leben lang vor den Habsburgern fürchten, Bismarck vor den Franzosen. Stresemann mußte stets „finassieren“ zwischen Ost und West. Adenauers Alptraum war das Wiederaufleben von „Potsdam“, wo die drei Siegermächte Deutschland unter Kuratel nahmen. Über der alten Bundesrepublik insgesamt hing die strategische Bedrohung namens Sowjetunion.

## Postmoderne der Strategie

Vorbei, vorbei. Es gibt weder die Sowjetunion noch irgendeine andere existentielle Gefahr, welche die Deutschen jahrhundertlang aus dieser oder jener Richtung – oder gar aus allen, siehe Weltkrieg I und II – in Atem gehalten hat. Daß sich die Republik Mitte der Neunziger dazu aufgerafft hat, die Bundeswehr in den Balkan zu schicken, hatte ja nicht nur humanitäre Gründe. Zum ersten

Mal mußte Bonn nicht mehr befürchten, in einen großen Krieg mit der anderen Supermacht gezogen zu werden, die zugleich den Schlüssel zur DDR in der Faust hielt.

Kommt nach dem Wegfall der klassischen Risiken die Postmoderne der Strategie, in der alles erlaubt und alles möglich ist? Zum Teil ja, denn wo der Schraubstock zerbrochen ist, sprießt die Freiheit. Ein Bosnien-Einsatz im Kalten Krieg? Undenkbar. Da war es viel sicherer und bequemer, mit Verweis auf Verfassung und Geschichte den eigenen Garten zu bestellen.

Aber wie auch die Postmoderne nur scheinbar jede Regel brechen darf, so hängt auch das neue Deutschland fest im Netz alter Verpflichtungen und Interessen. Amerika ade? Das sollte nicht einmal einem Fundi einfallen. Denn Amerika ist nicht nur der große Rückversicherer, der die europäische Sicherheit garantiert. Die amerikanische Präsenz verkürzt auch auf angenehme Weise den Schlagschatten des deutschen Gullivers, der mit dem Kollaps der alten Ordnung von seinen Fesseln befreit wurde. Das ist gut für Deutschland und gut für Europa. Die *French Connection*? Die bleibt dito, auch wenn sich die Machtgewichte Richtung Berlin verschoben haben. Egal, wieviele Rivalitäten diese „Ehe“ birgt – ein jeder braucht den anderen als unersetzbaren Partner in der Führung Europas. Und die Selbstbindung an Europa bleibt oberstes Gebot deutscher Außenpolitik.

## Eingeschweißt in Kontinuität

London? Bleibt wie gehabt in der zweiten Reihe – aber als nützliches Gegengewicht zu den allzu kontinentalen Ambitionen Frankreichs. Rußland? Da gilt die alte Bismarck-Weisheit, „nie den Draht nach St. Petersburg abreißen“ zu lassen. Zwar kann Besänftigungspolitik nunmehr *sotto voce* gespielt werden, weil die Russen zwei ihrer klassischen Trümpfe verloren haben: ihre Divisionen an der Elbe und ihr Veto über die deutsch-deutschen Beziehungen. Heute ist es Rußlands Schwäche, die Deutschland bedrängt, und deshalb wird Bonn/Berlin die Provokation tunlichst vermeiden.

Fazit: Ob schwarz-gelb oder rot-grün, ob Außenpolitik klassisch oder postmodern – die Republik bleibt eingeschweißt in die alten Kontinuitäten, die Joschka Fischer zu recht beschworen hat. Wie all seine Vorgänger reist Gerhard Schröder vorweg nach Paris und Washington; dann wird er die anderen Adressen bedienen. Die wichtigste Kontinuität aber lautet: Diskretion und Gemeinschaft.

Denn eine historische Doppel-Lektion wird noch lange vorhalten. Der Alleingang, der Griff nach der Hegemonie hat den Deutschen jedesmal ein schlimmeres Desaster beschert – siehe 1918 und 1945. Dagegen war Außenpolitik im Verbund – von NATO bis zur EU – ein schierer Segen für dieses Land. Gemeinschaft – das ist das glückliche Paradox, das die rechten Ultras nicht verstehen – bleibt das Sine-qua-non deutscher Selbstbehauptung und Machtausübung.

Da aber in der euro-atlantischen Gemeinschaft nur selten wohlige Eintracht herrscht, wird die Bundesrepublik tun, was sie im

letzten Halbjahrhundert am besten gelernt hat: vermitteln, glätten, austarieren. Sie wird Paris geben, ohne Washington zu nehmen; sie wird NATO fördern, ohne Moskau zu ärgern – und dabei behutsam die westliche Sphäre nach Osten ausdehnen. Kosovo? Da wird Bonn abwarten, wie sich die Mehrheiten in der NATO entwickeln. Wenn alle oder fast alle losfliegen, wird auch die Bundeswehr mit dabei sein. Wenn nicht, wird man die USA nicht mit Startverbot belegen.

Rot-Grün wird sich freilich vor dirigistischen Träumen *à la française* im fast-roten Europa hüten müssen. Das funktioniert selbst im kontinentalen Maßstab nicht mehr. EU-Europa ist schon zu klein geworden; wer

wirtschaftlich bestehen will, muß global denken. Wer in EU-Land keine profitablen Investitionsbedingungen findet, wird sie im Rest der Welt suchen. Wer es aber trotzdem mit dem Etatismus versucht, wird spätestens dann die Disziplin des Marktes spüren, wenn ein Gigant wie Daimler-Chrysler nach Detroit umzieht.

Ansonsten fehlen der deutschen Politik sowohl die Versuchungen als auch die Bedrohungen. Und das ist ein feines Vermächtnis für die neue Regierung. Ein glücklich Land, das nur von Freunden umzingelt ist. Schröders ganz und gar mögliche Mission ist, daß es so bleibt.